

Lösung gefunden?

Gegenwind-Leser macht Vorschlag für die Verbesserung der Freizeitsituation in Wilhelmshaven



Lagune

Diesmal fangen wir auf Seite 2 gleich mit der SPD an. Die Ratsfraktion straft Föhlinger und Ober-Bloibaum ab, der OV West will den Kopf von Siegfried Neumann.

Einen wichtigen Tipp gibt es für alle Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen auf Seite 3. Rechtsanwalt Kroll war nämlich auf der letzten Ali-Versammlung. Und das ist dann immer ein guter Termin.

Zum Titelbild: Eine Insel vorm Südstrand. Ein Sandstrand als Ersatz für den Geniusstrand. Die Aufspülung eines Teils des Bordumer Sands könnte zu einer Aufwertung der Freizeitwerte Wilhelmshavens führen. Auf dem Bild haben wir eine solche Insel vor den Südstrand montiert – sieht doch ganz gut aus (Bilder: google-earth). Mehr dazu auf Seite 4.

Noch ein Bericht über Rechtsanwalt Kroll: Es geht auf Seite 4 um ein Anwaltsgerichtsverfahren gegen den Streiter für die kleinen Leute.

Revolutionäres Theater in Wilhelmshaven? Auf Seite 5 besprechen wir den 'Biberpelz' von Gerhard Hauptmann und die neue Produktion des Jungen Theaters, 'Die fetten Jahre sind vorbei'.

Der Dreck aus den Schornsteinen der am Kai liegenden Schiffe ist signifikant für die dicke Luft in den Hafenstädten verantwortlich. Ob das auch für den JadeWeserPort gilt, erfahren Sie auf Seite 6.

Auf Seite 7 finden Sie einen Bericht über die Veranstaltung der LINKEN zum 90. Jahrestag der Novemberrevolution.

Um die spannende Frage, wie die Konzerne die Demokratie unterwandern, geht es auf Seite 8: Wer hat das Sagen?

Während auf dem Rüstersieler Groden die Bauarbeiten für das Electrabel-Kraftwerk weitergehen und die Erkundungsarbeiten für das e.on-Superkraftwerk im vollen Gange sind (Seite 2), streiten sich die BürgerInnen Wilhelmshavens noch um den richtigen Weg gegen die Klimakatastrophe. Näheres auf Seite 9.

Über die Enthüllung zweier Stelen anlässlich des 70. Jahrestags der Reichspogromnacht berichten wir auf Seite 11.

Alles nach Plan

SPD-Ratsfraktion straft Föhlinger und Ober-Bloibaum ab

(hk) Eigentlich wollten sie ihn rausschmeißen, weil er es gewagt hatte, die Kungel-Pläne der SPD-Fraktionsoberen zu durchkreuzen. Es ging darum, dem von den Wilhelmshavener WählerInnen abgestraften Wilfrid Adam neben dem lukrativen Aufsichtsratsposten bei den Stadtwerken auch noch den Posten des 2. Bürgermeisters zuzuschustern.

Dagegen gab es offenen Widerstand – Karlheinz Föhlinger brachte Barbara Ober-Bloibaum als maßgerechte Gegenkandidatin ins Rennen. Damit hatte er sich des geplanten Majestätsmordes schuldig gemacht – eine Dolchstoßlegende am Jadestrand!

Wie es in solchen Fällen weitergehen muss, wissen nicht nur die Shakespeare-Kenner: Rache!

Die Rachepläne wurden vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Siegfried Neumann in den Räumen der Stadtwerke (da, wo Wilfrid Adam herrscht) in der Luisenstraße konkretisiert.

lungen des Fraktionsvorsitzenden Siegfried Neumann festmachte. Es gab einen mehr als peinlichen Auftritt der SPD-Ratsfrauen und einen Parteitag, der ein leichtes "Wind of change"-Säuseln erhoffen ließ. Auch vom Kreisvorstand gab es eindeutige Signale gegen Neumanns Rachefeldzug. Doch der Fraktionsvorstand lässt sich da in nichts reinreden. Nur als jetzt die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Ratsfraktion zu bröckeln begannen, ruderten Neumann und Co. ein wenig zurück und konnten so zumindest noch ihre Missbilligung und den Rauschmiss Föhlingers aus

dem Aufsichtsrat der Flugplatzgesellschaft durchsetzen. Auf der Internetseite von Tim Sommer liest sich der Vorgang so: "Nachdem sich Neumann juristischen Rat eingeholt hatte, musste er die Ausweglosigkeit seines Versuches erkennen. Inzwischen war auch die Stimmung in der Fraktion umgeschlagen. Immer mehr Fraktionsmitglieder sprachen sich gegen den Ausschluss der beiden Kritiker aus. Vor diesen Hintergründen verzichtete Neumann lieber auf seinen Antrag auf Ausschluss, um sich nicht eine erneute Niederlage einzuhandeln." (www.tim-sommer.de/worpress/?p=314)

Und so entstand dann am 10. November der Beschluss der Ratsfraktion, Föhlinger und Ober-Bloibaum abzustrafen.

Verfahren gegen Neumann

Das konnte der renitente SPD-OV West nun wirklich nicht auf sich und seinem Vorsitzenden sitzen lassen. Pressemitteilung des OV West vom 14. November 2008:

"Der SPD-Ortsverein West wertet den Verstoß seitens großer Teile der SPD- Ratsfraktion gegen den Beschluss der Ortsvereinsvorsitzenden und Kreisverbandsvorstandes sowie das Auftreten einiger Ratsfrauen gegen Barbara Ober-Bloibaum und das Nichtwählen von Karlheinz Föhlinger in den Vorstand der Naturschutzstiftung als parteischädigendes Verhalten.

Aus diesem Grunde beschloss der Wilhelmshavener SPD-Ortsverein West, ein Parteiverfahren gegen den Vorsitzenden der Wilhelmshavener SPD- Ratsfraktion, Siegfried Neumann, einzuleiten, da dieser maßgeblich für das Auftreten der SPD-Fraktion verantwortlich ist."

Nun muss man schon Sozialdemokrat sein, um noch auf den Ausgang dieses Scharmützels gegen die kaiserstreue Parteiführung gespannt zu sein. □

Verdammt eng

geht es bei den neun Frauen in einer AGH-Kolonie zu, die beim Grünflächenamt arbeiten. Sie haben als Pausenraum einen Bauwagen. Solche Wagen sind ausgelegt auf etwa vier gleichzeitig pausierende Arbeiter – die können dann auch menschenwürdig sitzen. Die GAQ, bei der die Maßnahme läuft, schlägt nun vor, dass halt nicht alle neun Frauen gleichzeitig Pause machen sollen – hmmm... und was ist bei Regen? Und außerdem: Der Wagen ist ausgestattet mit neun Sitzgelegenheiten mit Rückenlehne, und das sei nach der Arbeitsstättenverordnung ausreichend. Nun, die Arbeitsstättenverordnung sieht aber auch vor, dass in einem Pausenraum für jede Person dreiviertel Quadratmeter freie Fläche zur Verfügung stehen muss – und danach sieht es in diesem Bauwagen nicht aus.(noa)

Bombenfund bringt's ans Licht

Aus berufenem Munde war jüngst zu erfahren, dass die E.ON in Kürze, d.h. in wenigen Wochen, einen Genehmigungsantrag für den Zubau eines Kohlekraftwerks mit einer Kapazität von 505 Megawatt Netto- bzw. etwa 1.000 MW Feuerungswärmeleistung stellen will.

Mit den bauvorbereitenden Sondierungsbohrungen auf dem E.ON-Kraftwerksgelände wurde schon begonnen.

Dies wurde allerdings erst bekannt, als Evakuierungsmaßnahmen sowohl bei der E.ON als auch bei der NWO durchgeführt werden mussten, nachdem man in sechs Metern Bohrtiefe auf eine Bombe aus dem 2. Weltkrieg stieß.

Zu beantworten sind zurzeit noch die Fragen, ob den zuständigen Behörden die Bodenerkundungen bekannt waren bzw. ob dafür eine evtl. erforderliche Genehmigung ausgestellt wurde. (jm)

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven

Protokoll (88) Fraktionsvorstandssitzung

Anwesend: S.N., W. Adam, S. Gastmann, M. Stoermer, N. Schmidt, Ch. Will, H. Barkowsky,

Zeit: 06.06.2008, 16.00 – 17.10 Uhr
Ort: Luisenstr.

S.N. verteilte einen Wortprotokoll-Auszug der Ratssitzung am 21.05.2008. Die Frage ist nun, was wir als Fraktion tun können/sollen.

S.N. trägt verschiedene „Rechenbeispiele“ für einen Ausschluss aus der Fraktion vor. Es wird von allen Vorstandsmitgliedern festgestellt, dass die Vertrauensebene zu Karlheinz Föhlinger nicht mehr gegeben ist. Alle Vorstandsmitglieder sind sich einig, dass F. die Fraktion verlassen muss.

Barbara O.-B. soll vor der Fraktion Stellung zu ihrem bisherigen Verhalten beziehen. Allgemeine Aussage des Vorstandes ist auch, dass sie aus dem JuHi-Ausschuss ausgeschlossen werden soll.

Der Ablauf für die Fraktionssitzung am Montag, 09.06., wird nach eingehender Diskussion festgelegt.

Der Fraktionsvorstand wird sich auch rechtlich beraten lassen, wie der weitere „Fahrplan“ aussehen muss.

Angeregt wird auch eine Geschäftsordnung für die Fraktion, da sie an die Satzung der Bundes-SPD nicht gebunden ist.

Wieso Christine Will da plötzlich auf der Liste des Fraktionsvorstandes auftaucht, bleibt rätselhaft, hat aber wohl viel mit Demokratieverständnis zu tun.

In der Zeit zwischen der Vorstandssitzung Anfang Juni und dem Beschluss der Ratsfraktion vom 10. November gab es eine intensive sowohl parteiinterne als auch öffentliche Debatte über die Politik der SPD-Fraktion, die sich besonders an der Person und den Hand-

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoc;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 19.11.2008

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.



hartz IV und recht

Bei der ALI-Versammlung im November gab es wichtige Hinweise für Alg II-BezieherInnen

(noa) Wie immer, wenn Alfred Kroll als Referent angekündigt ist, war die November-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland sehr gut besucht. Und für alle, die gekommen waren, hat sich der Besuch gelohnt, denn in der neueren Rechtsprechung zu Hartz IV gibt es einiges, was Arbeitslosengeld II-BezieherInnen hoffen lassen kann.

Keine Regelsatzkürzung bei stationärem Aufenthalt

Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten schon über das Problem der Regelsatzkürzung bei einem Krankenhausaufenthalt berichtet, zuletzt nach einem Gespräch mit Herrn Burkert und Herrn Peter vom Job-Center. Nun ist es zwar kein Fall aus Wilhelmshaven, über den hier zu berichten ist - erfreulich ist es dennoch. Nach einer Verordnung vom 01.01.2008 hatten die Job-Center ihre bis dahin von unterschiedlichen Gerichten sanktionierte Praxis, Menschen für die Dauer eines Krankenhaus- oder Kuraufenthaltes das Essen, das sie dort bekamen, als geldwerten Vorteil anzurechnen und ihnen deshalb das Arbeitslosengeld II zu kürzen, mutig wieder aufgenommen. Auch das hiesige Job-Center wollte das wieder so handhaben, wenn jemand länger als 21 Tage stationär untergebracht wäre. Und das darf es nicht! Einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 18.06.2008 zufolge war die genannte Verordnung des Ministeriums nicht rechters - Verordnungen müssen den gesetzlichen Vorgaben entsprechen, und diese Verordnung widerspricht dem Buchstaben des Sozialgesetzbuches (SGB) II - und so haben seither schon zwei Sozialgerichte (Lüneburg und Osnabrück) in diesem Sinne Recht gesprochen und festgestellt, dass die Krankenhausverpflegung nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden darf.

Regelsatz verfassungswidrig?

Im letzten Gegenwind gab es den Artikel "Regelsätze vor Gericht". Dort war die Rede

von einem Beschluss des Hessischen Landessozialgerichts vom 11. August (Az. 26AS336/07), durch das zwei Sachverständige beauftragt worden waren, die Höhe der Regelsätze nach dem SGB II zu untersuchen.

Kroll berichtete nun, dass das Hessische LSG seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Höhe der Regelsätze dem Bundesverfassungsgericht vorträgt. Und so etwas macht ein Richter nicht leichtfertig; das hat er gut überprüft und durchdacht, denn wenn er damit scheitert, kann er seine juristische Karriere vergessen. Nicht nur dieser Überlegung wegen rechnet Alfred Kroll mit einem Erfolg der Verfassungsbeschwerde. Ein weiterer Grund für Optimismus ist die Tatsache, dass einer Klägerin, die ebenfalls Verfassungsbeschwerde gegen die Höhe des Alg II eingelegt hat, Prozesskostenhilfe gewährt wurde. Und Prozesskostenhilfe gibt es nicht, wenn klar ist, dass ein Begehren scheitern wird.

Nach Krolls Einschätzung besteht zumindest Hoffnung, dass sich die Höhe der Regelsätze für Kinder als verfassungswidrig erweisen wird. Diese betragen bekanntlich 80 % (für Jugendliche ab 14) bzw. 60 % (für Kinder bis 14) des Erwachsenen-Regelsatzes und wurden ohne jede Berücksichtigung des grundgesetzlich garantierten Rechts von Kindern auf Bildung und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben festgelegt. Dass die Regelsätze für Kinder erhöht werden müssen, nachdem das Bundesverfassungsgericht sich mit der Verfassungsbeschwerde aus Hessen befasst hat, hält Kroll für ziemlich sicher; wohingegen er es für möglich hält, dass der Regelsatz für Erwachsene nicht geändert wird.

Auf jeden Fall gibt er allen Alg II-EmpfängerInnen den Tipp, gegen den nächsten Bescheid (und den aktuellen, wenn er jünger als 4 Wochen ist), Widerspruch einzulegen und bezüglich aller älteren Bescheide einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X zu stellen, um im Fall eines positiven Ausgangs des Verfahrens vor dem BVG auch Anspruch auf die höhere Leistung zu haben.

"Es ist meine Verpflichtung als Anwalt, Ihnen diesen Rat zu geben", sagte Kroll lächelnd nach diesem Appell, für den ihn voraussichtlich leitende Job-Center-Mitarbeiter hassen werden.

Leider zu spät für die Leser und Leserinnen des Gegenwindes kommt der entsprechende Tipp für Stiefväter, die zum Unterhalt für ihre Stiefkinder herangezogen werden.

Zwei Tage nach der ALI-Versammlung fasste sich der 14. Senat des Bundessozialgerichts mit dieser Frage, und nur wer schnell vorher den entsprechenden Überprüfungsantrag gestellt hatte, kann im Fall eines positiven Ausgangs dieses Verfahrens sein Geld nachträglich beanspruchen.

Wilhelmshavens KdU-Praxis

"Da tut sich ne ganze Menge", sagte Kroll bezogen auf die Frage der Kosten der Unterkunft (KdU) in Wilhelmshaven. Darüber hat der Gegenwind immer wieder geschrieben. In der letzten Ausgabe berichteten wir unter dem Titel "Höchstgrenzen vor Gericht" von den Fragen, die das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen an das Job-Center Wilhelmshaven gerichtet hat. Offensichtlich war das LSG mit den Antworten aus Wilhelmshaven nicht so ganz zufrieden. Jedenfalls haben diese Antworten Anlass zu weiteren Fragen gegeben. Jetzt will das Gericht wissen, wie man durch stichprobenartige Überprüfung von außen (!) herausfinden kann, ob eine Wohnung bewohnbar ist. Und wie man bei Wohnungen, die in Zeitungsinseraten angeboten werden, einen Adressenvergleich machen kann, wenn dort keine Adresse angegeben ist.

Natürlich kann man aus der Tatsache, dass das LSG die "Beweise" für das Vorhandensein billigen Wohnraums sehr gründlich überprüft, noch nicht die Gewissheit ziehen, dass dieses Musterverfahren günstig für die Wilhelmshavener Alg II-Berechtigten ausgehen wird. Doch dass sehr gründlich geprüft wird, lässt die vielen, die ihre Miete nicht voll erstattet bekommen, hoffen.

Allerdings steht zu befürchten, dass auch ein günstiger Ausgang dieses Verfahrens noch nicht das Ende der fragwürdigen Wilhelmshavener KdU-Praxis ist. Kroll jedenfalls nimmt an, dass die Stadtverwaltung ein für sie ungünstiges Urteil nicht akzeptieren, sondern den Streit bis zum Bundessozialgericht weiterführen wird.

Auch in der KdU-Frage gilt der Tipp, den wir weiter oben hervorgehoben haben: Es ist sehr sinnvoll, in den nächsten Wochen einen Antrag auf Überprüfung sämtlicher bisheriger Bescheide an das Job-Center zu richten, um für den Zeitpunkt, zu dem die Stadt ihre Miethöchstgrenzen aufgeben muss, vorbereitet zu sein und einen Anspruch auf Nachzahlung der vorgestreckten Mietanteile zu haben. Wer das nicht alleine machen will oder kann, findet bei der Arbeitsloseninitiative Hilfe. □

ROCK FISH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven

Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Beratung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

Jever: Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Sande: Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Varel: DGB-Büro, Hansastraße 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

Wilhelmshaven: Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Monatsversammlung: jd. 2. Dienstag im Monat



Bunte Lagune

Möglichkeiten fürs Baden in der Nordsee

(hk) Die Situation für die sommerliche Freizeitgestaltung in Wilhelmshaven ist bekannt: Der Geniusstrand ist weg, im Banter See treiben Algen ihr Unwesen und am Südstrand wird gequirlte Scheiße eingeleitet. Da ist Unmut programmiert, der sich bisher hauptsächlich noch in Leserbriefen äußert.

Doch es gibt auch Wilhelmshavener BürgerInnen, die sich da tiefergehendere Gedanken machen. Bekannt ist ja der Vorschlag des SPD-Ratscherm Hans Hartmann, am Südstrand eine Spundwand zu ziehen und somit einen tideunabhängigen Badebereich zu schaffen. Mittels Schleusen soll verhindert werden, dass a) das Wasser bei Ebbe abläuft und b) fäkalienverseuchtes Wasser aus dem Banter Siel in den Badebereich eindringen kann.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Wilhelmshaven hätte wieder eine einigermaßen annehmbare Bademöglichkeit in der Nordsee.

Diesen Vorschlag hat Hans Hartmann Anfang des Jahres gemacht, doch so richtig etwas getan hat sich in der ganzen Angelegenheit nichts.

Tide- und fäkalienunabhängig

Ende Oktober trat dann der umtriebige Wilhelmshavener Bürger und Gegenwind-Leser Udo B. mit einer modifizierten Ausgabe des Hartmannschen Vorschlags an die Mitglieder des Rates und auch an den Gegenwind heran. Anstatt eine Spundwand zu bauen, möchte Udo B. die direkt vor dem Südstrand liegende Sandbank so erhöhen, dass sie auch bei Flut aus dem Wasser herausragt,

aus der Sandbank also eine Düne bzw. Insel wird. Der so entstehende neue Badesee müsste natürlich auch mit einem Schleusensystem tide- und fäkalienunabhängig gemacht werden (Wobei die vollständige Einstellung der Fäkalieinleitungen am Banter Siel nicht aus den Augen verloren gehen darf!)

In seinem Schreiben an den Rat der Stadt schreibt Udo B.: *„Nach dem Vorbild der Perlebucht in Büsum wäre es doch genial, die vorhandene Sandbank vor dem Südstrand als neues touristisches Badegebiet herzurichten. (...) Überall müssen Ausgleichflächen geschaffen werden, warum nicht für die abhanden gekommene Geniusbank die Südstrandbank?“*

Nach Udo B.'s Meinung sollte die Sache schnell in Angriff genommen werden. *„Die Bagger und auch die Technik ist ja jetzt hier – am JadeWeserPort (JWP). Da muss es doch möglich sein, die mal schnell umzudrigieren. Dann nennt man hinterher den neuen Strand eben 'Bunte-Düne' – das geht doch.“* (Die Fa. Bunte führt die Arbeiten am JWP aus.)

Doch so schnell wird es sich wohl nicht realisieren lassen – es müssen ja nicht nur große Mengen Sand bewegt werden (die

Sandbank schaut bei Niedrigwasser ca. 1 Meter aus dem Wasser, bei Hochwasser liegt sie knapp 3 Meter unter der Wasseroberfläche), die Veränderungen der Strömungsverhältnisse, die Auswirkungen auf Naturschutz und Nationalpark usw. müssen untersucht werden. Und letztendlich ist da ja auch die Frage der Finanzierung zu klären.

In dieser letzten Frage sind allerdings Hans Hartmann und Udo B. nicht weit auseinander – da wären in erster Linie die zur Kasse zu bitten, die von der Zerstörung des Geniusstrandes Vorteile haben – also die Betreiber des JadeWeserPorts. Eine Beteiligung der Stadt, die Einforderung irgendwelcher Europagelder – das alles sind Fragen, die in Kürze geklärt werden müssen. Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie sollte das Mindeste sein, was noch vor der nächsten Badesaison in Angriff genommen wird, auch wenn da „ein großes Rad gedreht“ werden muss.

Hier zeigt sich auch der große Fehler, den die Politik bei der Ansiedlung des JWP begangen hat: Niemals hätte sie der Zerstörung des Geniusstrandes ohne Absicherung von Ersatzmaßnahmen zustimmen dürfen – die Sicherung der Freizeitwerte hätte Bestandteil der Vereinbarungen für den JWP sein müssen.

Und auch das sollte klar sein: Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt werden sich nicht mit einem aufgemotzten Freibad am Banter See zufrieden geben, während ihnen einen Steinwurf weiter die Abwässer der Stadt das Baden in der Nordsee vermiesen. Ebenfalls sollte nicht unterschätzt werden, welchen Stellenwert ein Nordseestrandbad in der Konzeption des Hotels an der Jadeallee und der evtl. bevorstehenden Bebauung der Wiesbadenbrücke haben wird. □

Dürfen die das?

Das Anwaltsgerichtsverfahren gegen Alfred Kroll wurde vertagt

(noa) Am 27. Oktober sollte ein Standesgerichtsverfahren gegen den Oldenburger Rechtsanwalt Alfred Kroll stattfinden. Verstöße gegen das Sachlichkeitsgebot sollten verhandelt werden, nachdem verschiedene Amtsleiter sich über seinen Ton in Schriftsätzen beschwert hatten.

Kroll ist Fachanwalt für Sozialrecht und vertritt Menschen, die anwaltliche Hilfe besonders nötig haben: Menschen mit Behinderungen und Hartz IV-Betroffene. Zahlreichen Wilhelmshavener Alg II-BezieherInnen hat er schon vor dem Sozialgericht zur Seite gestanden und ihnen zu ihrem Recht verhol-

fen. Klar, dass aus Wilhelmshaven einige Erwerbslose nach Oldenburg fuhren, um nun ihm zur Seite zu stehen.

Kroll hatte um ein öffentliches Verfahren in einem großen Gerichtssaal gebeten, weil er für alle Interessierten darlegen wollte, warum er es für nötig hält, in seinen Schriftsätzen gelegentlich drastisch zu werden. Öffentlichkeit war auch reichlich da: Eine Viertelstunde vor dem Termin war der Platz vor dem großen Gerichtssaal gerammelt voll, und Menschen standen auf der Treppe. Gut 200 Personen waren gekommen – aber sie erlebten keine Gerichtsverhandlung mit. Sie hätten auch bei weitem nicht in den Gerichtssaal gepasst: 22 Plätze gab es da, aufstockbar auf 55.

Das öffentliche Verfahren, das Kroll vom Vorsitzenden Richter zugesagt

worden war, gab es aber sowieso nicht. Ein Formfehler – alle drei Richter hätten das im Vorfeld genehmigen müssen.

Ein wenig unruhig und ungeduldig wurden die verhinderten ZuhörerInnen schon, während hinter geschlossenen Türen verhandelt wurde. Es war aber nicht die Verhandlung, die sie verpassten.

Statt die Beschwerden gegen Herrn Kroll vorzutragen, wies der Vorsitzende Richter der Anwaltskammer den Generalstaatsanwalt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.04.2008 (1 BvR 1793/07) hin, in dem es u.a. heißt: „Mit Blick auf die Berufsfreiheit können herabsetzende Äußerungen, die ein Rechtsanwalt im Zusammenhang mit seiner Berufsausübung und der dabei zulässigen Kritik abgibt, nur dann Anlass für berufsrechtliche Maßnahmen sein, wenn besondere Umstände hinzutreten. Dies ist der Fall, wenn die Herabsetzungen nach Inhalt und Form als strafbare Beleidigungen zu beurteilen sind, ohne durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gedeckt zu sein. Darüber hinaus ist das Sachlichkeitsgebot dann verletzt, wenn ein Rechtsanwalt unprofessionell handelt, indem er entweder bewusst Unwahrheiten verbreitet oder eine rechtliche Auseinandersetzung durch neben der Sache liegende Herabsetzungen belastet, zu denen andere Beteiligte oder der Verfahrensverlauf keinen Anlass gegeben haben.“

Die müssen das sogar

Bei der Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative am 11. November erläuterte Al-



Ca. 200 Menschen standen Rechtsanwalt Kroll zur Seite.

Foto: D.-A. Bothe

fred Kroll, dass Anwälte verbal nicht nur sehr deutlich und drastisch werden dürfen, sondern sogar müssen. "Als Anwalt bin ich ein Organ der Rechtspflege", erklärte er. Wenn das Recht in Gefahr ist, wenn also eine Amtsperson beispielsweise eine zustehende Leistung versagt und "mauert", dann muss der Anwalt für seinen Mandanten u.U. auch sagen und schreiben, dass die Amtsperson willkürlich handelt, das Recht beugt oder Amtsmissbrauch betreibt – freundlich, nett und bescheiden zu bleiben und immer wieder z.B. um eine Therapie oder eine besondere Beschulung zu bitten, bringt gar nichts, wenn ein Jugendamt aus Kostengründen Zeit schindet

oder berechnete Forderungen ablehnt.

Zwei von Krolls MandantInnen haben sich das Leben genommen, weil die erforderliche Hilfe nicht gewährt bzw. zu spät erstritten wurde, und es ist dem Anwalt anzumerken, dass ihm diese beiden Suizide in den Knochen sitzen – um dergleichen nicht mehr erleben zu müssen, wird er weiterhin – wenn nötig – auch Amtsleiter verärgern.

Wie geht es weiter?

Kroll hatte sich kurz vor dem Gerichtstermin entschieden, anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dr. Rembert Brieske, der Vizepräsident des Deutschen Anwaltvereins,

hatte sich in kürzester Zeit in den "Fall" eingearbeitet. Nachdem der Vorsitzende Richter dem Generalstaatsanwalt erklärt hatte, dass das wohl nix war, regte Brieske eine Vertagung an. Kroll möchte diesen Streit nun auch ausfechten und bei dieser Gelegenheit öffentlich darlegen, wie Behörden (in diesem Fall geht es um die Jugendämter von Oldenburg Stadt, Oldenburg Land und dem Kreis Friesland, aber wahrscheinlich könnte man diese Aufzählung beliebig lange fortsetzen) mit den Rechten der Schwächsten in unserer Gesellschaft – Kindern mit Behinderungen – umgehen. Wir werden zu gegebener Zeit weiter berichten. □

Revolution light

Zwischen Untertanengeist und Widerstand: Landesbühne inszeniert 100 Jahre deutsche Sozialgeschichte

(iz) Auf den ersten Blick haben "Der Biberpelz" von 1893 und "Die fetten Jahre sind vorbei" von 2004 wenig gemein. Tatsächlich widmen sich beide Stücke den gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen ihrer Zeit. Beide haben mit deutscher Befindlichkeit und das eine aktuell ziemlich viel mit Wilhelmshaven zu tun.

Mitleid der Besitzenden

Derzeit feiern wir 90 Jahre Novemberrevolution und Matrosenaufstand in Wilhelmshaven, was gleichzeitig heißt: 90 Jahre Ende der Kaiserzeit und Beginn eines demokratischen Deutschland. Als Gerhard Hauptmann seinen "Biberpelz" schrieb, lag vor ihm und seinem Publikum noch ein Vierteljahrhundert kaiserliche Diktatur. Schon mit "Die Weber" hatte sich Hauptmann unter den Kaisertruen keine Freunde gemacht. Die preußische Zensur witterte darin einen Aufruf zum Klassenkampf und verbot die öffentliche Aufführung – bis der Autor erklärte, das Drama sei nicht als sozialdemokratische Parteischrift, sondern als dichterischer Aufruf an das Mitleid der Besitzenden zu verstehen. Sozialdemokratische Kreise zeigten sich bei der Aufführung im Oktober 1893 begeistert, Kaiser Wilhelm II. jedoch kündigte erbost seine Loge im Deutschen Theater.

Der Biberpelz

Vorsorglich verpackte Hauptmann den nächsten Zündstoff formal in eine "Diebeskömodie". Die Zensur fiel darauf herein und urteilte im März 1893: "Kleinmalerei ohne alle Handlung von Belang, welche in solcher Ausdehnung nur langweilt. [...] Dass das öde Machwerk mehrere Aufführungen erleben dürfte, steht kaum zu erwarten." Tatsächlich fand das Stück beim Publikum zunächst keine Gnade. Erst die Inszenierung in Wien 1897 brachte den Durchbruch.

Worum geht's? Mutter Wolffen hat alle Hände voll zu tun, sich, ihre zwei pubertierenden Töchter und den meist antriebs- und arbeitslosen Gatten durchzubringen. Weil mehrere kleine Familienjobs nicht reichen, nutzt sie jeden Zuverdienst – nicht immer ganz legal, seien es kleine Diebstähle oder Wilderei. Für sie ist es nur ein etwas krummer Weg zu ihrem erklärten Ziel: dem sozialen Aufstieg. Ihren Charme und ihre vielfältigen Kontakte weiß sie dabei klug zu nutzen. Vor dem Amtsvorsteher muss sie sich kaum fürchten: Der ist so beseelt von der Hatz auf Sozialdemokraten, dass er für Kleinkriminelle bzw. durch sie Geschädigte weder Zeit noch Auge hat ...

Die fetten Jahre sind vorbei

Heute müssen kritische Autoren in Deutschland keine totalitäre Zensur mehr fürchten. Befremdlich ist, dass sie sich mit vergleichbaren Themen beschäftigen: Immer noch und wieder versteht es die herrschende Kaste, ihren Status mit Hilfe staatlicher Instrumente zu sichern. Mit der Inszenierung von "Die fetten Jahre sind vorbei" legt die Landesbühne den Finger in eine klaffende Wunde. Der gleichnamige erfolgreiche und preisgekrönte Film (uraufgeführt in Cannes 2004) wurde 2005 von Gunnar Dreßler für die Bühne adaptiert. Filmregisseur Hans Weingartner stellte die konkrete Frage: "Wie kann ich als junger Mensch, hier und jetzt, am Zustand der Welt etwas ändern?" Diese Frage stellte die Landesbühne im Vorfeld der Umsetzung am Theater auch jungen Menschen in Wilhelmshaven. Die Antworten sind auszugswise an einer Pinnwand im Foyer des jungen Theaters ausgestellt. Falls sie repräsentativ sind, sind sie erschütternd: Derzeit ist mit der jungen Generation keine Revolution, ob im Kleinen oder Großen, zu machen. Die Befragten haben entweder keinen Mut, etwas zu ändern, oder keine Zeit, weil sie durch Schule, Karriere oder anderes ausgebuht sind ...

Worum geht's im Stück? Jan und Peter wollen Zeichen setzen gegen Kapitalismus und Konsumwahn. Sie brechen in herrschaftliche Villen ein, ohne etwas zu stehlen – sie

wollen nicht ZERstören, sondern VERstören, häufen die Besitztümer symbolisch auf und hinterlassen Nachrichten wie "Die fetten Jahre sind vorbei – die Erziehungsberechtigten". Peters Freundin Jule muss unentwegt jobben, weil sie fast 100.000 Euro an den reichen Julius Hardenberg abstottern muss, dessen Mercedes sie bei einem Unfall geschrottet hat. Als sich die Gelegenheit ergibt, Hardenbergs Villa zu stürmen, ist Jule mit im Spiel. Als der Eigentümer unerwartet auftaucht, bleibt nur, ihn zu kidnappen. In einer abgelegenen Berghütte entspinnen sich aufschlussreiche Dialoge zwischen Entführern und Entführtem, der sich als Ex-68er outet ...

Freiheitliche Vordenker

Zur Inszenierung der Landesbühne ist wenig zu sagen, nämlich: Brillant umgesetzt, überzeugend gespielt. Absolut sehenswert! Schon in der Vorbesprechung mit der Presse zeigte sich: Hier bietet sich Diskussionsstoff über die deutsche Geschichte der letzten 40 Jahre. So wurde z. B. deutlich, dass von den freiheitlichen Vordenkern der 1960er Jahre kaum etwas haften geblieben ist – dank Politik und Medien, die bis heute bemüht sind, im kollektiven Gedächtnis nur die Zeit der RAF zu bewahren, Widerstand mit Terror und Kriminalität gleichzusetzen. Das Stück zeigt, was heute geblieben ist: eine Jugend, die sich nicht mehr zu helfen weiß, die zwar ihren Protest zum Ausdruck bringt, aber eine Änderung des Systems nicht ernsthaft in Betracht zieht.

Das Stück bietet eine großartige Chance, die jüngste deutsche Geschichte umfassend aufzurollen und vor allem junge Zuschauer zu ermutigen: im wirklichen Leben nicht nur Zuschauer zu bleiben, sondern an die Aufbruchstimmung der 68er anzuknüpfen und sich aktiv und konstruktiv in die Entwicklung einer besseren Gesellschaft einzubringen. □



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Schiffe an die Steckdose!

Das sollte doch möglich sein: Landstromversorgung von Containerschiffen am JadeWeserPort.

(jm) Noch knapp vier Jahre ist es hin, dann werden der JadeWeserPort (JWP) und das Electrabel-Kohlekraftwerk in Betrieb gehen. Bis dahin dürfte auch die Niedersachsenbrücke längst für die Vervielfachung des Kohleumschlags gerüstet und dazu ein Zwischenlager mit einem jährlichen Durchsatz von Millionen Tonnen Importkohle, bestimmt für den Schienentransport ins Binnenland, errichtet sein.

Viele Wilhelmshavener BürgerInnen verbinden allein schon mit dem JWP große Hoffnung auf Tausende von sicheren Arbeitsplätzen. Dafür mussten sie ihren Geniusstrand aufgeben und müssen künftig zusätzliche Lärmbelastungen und verschlechterte Atemluft in Kauf nehmen.

Trotz gegenteiliger Verlautbarungen werden allein schon durch diese Großprojekte die zulässigen "Irrelevanzkriterien" in den Wohngebieten der näheren Umgebung bei einigen Schadstoffen im Maximum überschritten.

Darüber hinaus stehen bekanntlich bereits weitere Großvorhaben zeitnah vor der Realisierung: Ein zweiter E.ON-Kraftwerksblock, der in fünf bis sechs Jahren in Betrieb gehen soll, und der Ausbau der WRG-Raffinerie, für den die Antragsunterlagen bereits bei der Gewerbeaufsicht eingereicht worden sind. In Planung sind zudem der Bau des Nordgleises, das die Binnenhäfen an das Industriestammgleis anschließen soll, sowie die Anlandung von Flüssigerdgas via NWO-Umschlagbrücke.

Um aber die Hoffnungen auf die angekündigte Anzahl von Arbeitsplätzen erfüllen zu können, müssen zusätzlich viele hafenbezogene Betriebe für die Ansiedlung auf den Grodenflächen gewonnen werden. (In welchem Umfang dies gelingen wird, steht allerdings in den Sternen ...)

Mit dem erweiterten Hafenbetrieb verbunden sind der bislang kaum zu Buche schlagende Ab- und Zulauf von Containern und

Massengütern sowie von betriebsbezogenen Versorgungs- und Personenverkehren. Die daraus resultierende Verkehrszunahme auf Schiene und Straße wird die durch Neuansiedlungen bereits zunehmenden Lärm- und Schadstoffbelastungen noch weiter erhöhen.

Mehrbelastung die Spitze nehmen

Es besteht jedoch die Möglichkeit, diesen auf die Jaderegion zukommenden Mehrbelastungen die Spitze zu nehmen, nämlich durch Abschaltung der dieselbetriebenen Stromgeneratoren an Bord der Schiffe während ihrer Liegezeit an der JWP-Stromkaje. Stattdessen bekommen sie ihren Strom aus der Steckdose – will heißen, sie werden an der Kaje mit Strom von Land versorgt. Wenigstens eine der vielen bestehenden und künftigen Lärm- und Schadstoffquellen kann damit hundertprozentig verstopft werden.

Und die damit verbundene Entlastung wird erheblich sein: Zwar müssen ab 2010 lt. EU-Richtlinie alle Schiffe, die in einem EU-Hafen liegen, Schiffstreibstoffe mit höchstens 0,1 % Schwefelgehalt verwenden. Doch zum Vergleich: An deutschen Tankstellen gibt es keine Kraftstoffe mehr, die mehr als 10 ppm bzw. 0,001 % Schwefel enthalten. Mithin dürfen Schiffe in EU-Häfen nach 2010 immer noch 100mal schwefelhaltigere Treibstoffe einsetzen als die Kfz auf unseren Straßen. Im übrigen hat die EU keine Grenzwerte für die in den Schiffstreibstoffen enthaltenen Stickoxide, Schwermetalle, lungengängige Feinstäube und Flüchtige Organische Verbindungen (VOC) festgelegt.

Die Hafendiesel von vier am JWP liegenden Mega-Container-Carriern entfalten etwa soviel Power wie 400 VW-Golf. Demzufolge käme dies selbst bei Einhaltung des Schwefelgrenzwertes von 0,1 % dem Schadstoff-Output einer gasgebenden Golf-Armada von 40.000 Fahrzeugen gleich.

Schiffe, die keinen Treibstoff mit höchstens 0,1 % Schwefelgehalt an Bord haben, müssen sich in EU-Häfen mit Strom von Land versorgen. Das dürften nicht wenige sein: In den Küstenregionen Europas hat sich die Schifffahrt zum Hauptemittenten für Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Feinstaub entwickelt. Darauf hat die International Maritime Organisation (IMO) zwar kürzlich mit schrittweise in Kraft tretenden Begrenzungen der Schwefel- und Stickoxidwerte reagiert; doch in ihrem Zuständigkeitsbereich außerhalb der EU-Häfen gelten weit großzügigere Vorschriften.

Zudem bezweifelt der zuständige IMO-Ausschuss, dass bis zum Jahre 2020 ein Treibstoff mit einem Schwefelgehalt von 0,5 % in ausreichenden Mengen verfügbar sein wird. Zurzeit wird seitens der IMO weltweit noch ein Gehalt von 4,5 % und im Nord- und Ostseegebiet einer von 1,5 % erlaubt! Die IMO will deshalb ihre diesbezügliche Regel im

**Versuch
macht klug**

BAVARIA KRUG

**Betreutes Trinken
seit 1913!**

Jahre 2018 noch einmal auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen.

Es muss also damit gerechnet werden, dass ein einlaufendes Containerschiff vor dem Anlegen am JWP noch auf Reede ankern und Dieselöl mit 0,1 % Schwefelgehalt bunkern muss, falls an der Kaje kein Strom-Landanschluss verfügbar ist. Dies wäre – von den Kosten nicht zu reden – mit mehreren Stunden Zeitverlust in einem eng gefassten Schiffsfahrplan verbunden.

Bei Abwägung mit den berechtigten Einwänden (wie Investitionskosten, fehlende internationale Normierung der Anschlüsse, Möglichkeiten der Brennstoff- und Abgasreinigung an Bord) sollte dies in die Abwägung des Für und Wider bezüglich der Investition in eine Landstromversorgung mit einfließen.

Doch die Stadt Wilhelmshaven macht sich nicht nur die o.a. Einwände zu eigen: OB Eberhard Menzel fügt diesen Gründen für die ablehnende Haltung der Stadt noch hinzu, dass es "...fraglich (sei), ob die landseitigen Energiekapazitäten überhaupt ausreichen, um die Schiffe mitzuversorgen. 'Eventuell müssten noch mehr Kraftwerke gebaut werden.'" (WZ, 11.10.08)

Da kann Entwarnung gegeben werden, denn: Bei maximal möglicher Schiffsbelegung der JWP-Stromkaje mit vier Mega-Container-Carriern à 400 m Länge würden insgesamt gut gerechnet 40 MW elektrischer Leistung an Bord benötigt. Das wären rd. 5,4 % der Nettoleistung des in Wilhelmshaven betriebenen E.ON-Kraftwerks. Nach Inbetriebnahme des Electrabel-Kraftwerks steht auf dem Rüstiersieler Groden eine elektrische Nettoleistung von insgesamt rd. 1.600 MW zur Verfügung. Demzufolge müssten nach Adam Riese davon nur 2,5 % für die Mega-Carrier abgezweigt werden. Ganz abgesehen davon ist Wilhelmshaven an das europaweite Stromverbundnetz angeschlossen.

Die Stadt sollte ihre durch den OB vorgelegte negative Beantwortung einer diesbezüglichen Kleinen Anfrage des Ratsherrn Janssen (s. Gegenwind Nr. 239) daher noch mal überdenken!

Der 'Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe' (ZDS) führt u.a. ins Feld, "... dass auch die Stromerzeugung in einem Kraftwerk grundsätzlich Emissionen verursacht und die Höhe des Strombedarfs eines Schiffs während der Hafenliegezeit so hoch sein kann, dass die Produktion des Stroms in einem Kraftwerk einen wesentlichen, zusätzlichen Schadstoffausstoß verursacht und damit das Problem des Schadstoffausstoßes lediglich lokal verlagert würde." (ZDS-Jahresbericht 2006/2007)



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Auch dieser Einwand kann ausgeräumt werden: In der Gesamtbilanz wird von einer Reduktion von bis zu 90% durch die schärferen Abgasregulierungen von Landkraftwerken im Vergleich zur Stromeigenerzeugung der Schiffe ausgegangen. Durch den angestrebten vermehrten Einsatz von Ökostrom (z.B. aus bereits genehmigten sowie geplanten Windkraftanlagen in der Deutschen Bucht) ließe sich die Reduktionsbilanz weiter Richtung 100 % erhöhen.

Standards werden entwickelt

Zugegeben: Das internationale Umfeld an Land und an Bord ist geprägt von unterschiedlichen elektrischen Spannungen, Frequenzen, Normungen und unterschiedlichen technischen Standards. Kurz und gut: Eine internationale Normierung von Landstromanschlüssen steht noch aus und macht eine solche Investition unnötig teuer. Doch die dazu erforderlichen Standards werden bereits in einer Expertengruppe entwickelt. Noch in diesem Jahr sollen sie als Empfehlungen an die IMO gehen, wo die Standards dann festgelegt werden. Sobald dies geschehen ist, ist die Technik laut den Auskünften von Anbieterunternehmen auch lieferbar.

Im übrigen wäre der JWP keineswegs der erste Containerterminal, der mit einer Landstromversorgung der Schiffe ausgerüstet wäre: Eine Anlage im Hafen von Antwerpen kann schon jetzt bis zu drei Containerschiffe mit Landstrom beliefern.

Auch in Lübeck, Göteborg und Los Angeles können Schiffe bereits Landstrom beziehen. In weiteren Häfen wie z.B. Rotterdam und Hamburg steigt der öffentliche Druck, Abhilfe gegen die Luftverpestung durch die Schifffahrt zu schaffen.

In Wilhelmshaven ist die Luft zwar noch nicht so dick wie z.B. in Hamburg, wo 80% der SOx-Emissionen von der Schifffahrt herrühren. Doch angesichts der Milliardeninvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung von Wilhelmshavens Hafenkante entstände durch die Ablehnung eines Projektes 'Schiffe an die Steckdose' neben dem Eindruck mangelnder Rücksichtnahme auf die Lebens- und Erholungsqualität der BürgerInnen und Gäste der Jaderegion auch der Eindruck einseitiger Knickigkeit. Dabei ließe sich ein JWP mit Landstromanschluss für Schiffe gut als touristisches Sahnehäubchen verkaufen. Übrigens hat die Installation einer Landstromversorgung der Schiffe in Lübeck am 1.550 m langen Nordlandkai 300.000 Euro gekostet. □



Nach einer erfolgreich verlaufenen Testphase haben Siemens Energy und die Stadtwerke Lübeck am 21. August 2008 Deutschlands erste Landstromversorgung für die Handelsschifffahrt in Betrieb genommen. Die auf dem Nordlandkai des Lübecker Hafens installierte Landstromversorgung versorgt Schiffe während ihrer Liegezeit im Hafen über das örtliche Mittelspannungsnetz umweltfreundlich und wirtschaftlich mit elektrischer Energie.

Foto: Siemens-Pressebild

Wem ham se die Krone jeklaut?

Fröhliche Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Novemberrevolution

(noa) Die Frage, ob die Revolution vom November 1918, die mit der Meuterei der Heizer und Trimmer auf dem Linienschiff "Thüringen" ihren Ausgangspunkt in Wilhelmshaven hatte, ein Sieg oder eine Niederlage für die Arbeiterbewegung war, wird auch innerhalb der Partei DIE LINKE kontrovers diskutiert.

Dieser Unterschied in den Einschätzungen spiegelt sich auch in der Veranstaltung der linken Landtagsfraktion am 8. November im Kreuzelwerk. Dr. Manfred Sohn, Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag, sah allen Grund zum Feiern, während Wolfgang Gehrcke (MdB) seinen Beitrag mit den Worten "Trotz alledem" überschrieben hatte, die Revolution als gescheitert bezeichnete und ihren Untergang schon auf Januar 1919, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden, datierte.

Für Sohn war es das Ziel der Veranstaltung, "das Bewusstsein, dass wir, die sogenannten einfachen Menschen, es sind, die Geschichte schreiben", zu wecken. Die Zeit vor dem 30. Oktober 1918 – dem Tag, an dem die Heizer und Trimmer der kaiserlichen Hochseeflotte das Auslaufen zur Schlacht gegen die Royal Navy unmöglich machten – war gekennzeichnet von Elend, Armut und Krieg, und über allem thronte der Despot Wilhelm II. Armut, Elend, Krieg und den Kaiser hat die Revolution abgeschüttelt.

"Nehmen wir uns vor, möglichst oft so mutig zu sein wie die Matrosen der 'Thüringen' – wir könnten, ohne es zu wissen, eine Revolution beginnen", sagte Sohn, bevor er das Wort an Gehrcke weitergab.

Dieser zog die von dem konservativen Historiker Sebastian Haffner gezeichnete Traditionslinie von den Freikorps (die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten), dem deutschen Militär und der deutschen Großindustrie zu Hitler nach. Doch: "Lebendig geblieben ist aber auch die demokratische Traditionslinie", sagte Gehrcke, und: "Die Novemberrevolution war die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland."

Der Auftrag für DIE LINKE, der sich aus der gescheiterten Novemberrevolution für Gehrcke ergibt, besteht darin, auf neue Weise die

Spaltung, die den Faschismus ermöglichte, aufzuheben – "Das heißt programmatisch: Nein zu Kriegen, Kampf um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, ein Sozialismus, für den Demokratie konstituierend ist. Kleiner geht die Aufgabe nicht."

Prof. Dr. Herbert Schui (MdB) verblüffte die, die ihn kennen, mit dem Bekenntnis, dass sein Lieblingsautor Sigmund Freud ist, der den psychischen Mechanismus der Verdrängung entdeckt und beschrieben hat – und die Tatsache, dass die Stadt Wilhelmshaven wie auch die Bundesrepublik Deutschland der Novemberrevolution nicht gedenken, bezeichnete Schui als einen Akt der Verdrängung. An Revolution soll das Volk nicht denken, es soll sich brav regieren lassen. Und auch bei der Frage, ob Demokratie den 1. Weltkrieg verhindert hätte (nicht sicher, meint Schui), machte er eine Anleihe bei Freud und dem von ihm postulierten "Destruktionstrieb", "der dem Krieg Vorschub leistet, der es den Interessierten ermöglicht, ihn zu beginnen, ohne dass das Volk Widerstand leistet."

Und nach dieser Feststellung zitierte Schui noch einmal Freud, der dem Destruktionstrieb das "Gemeingefühl" entgegensetzt, und übersetzte dieses mit "Klassenbewusstsein" oder "Solidarität".

Auch die Frage "Rätesystem versus Parlamentarismus", die Sohn in seinem Vortrag aufgeworfen hatte, wird in der LINKEN kontrovers diskutiert, und diese Frage war eine der vielen, die in der anschließenden Diskussion vertieft wurden.

Dafür, dass die Veranstaltung zum Gedenken und zur Feier der Revolution nicht nur theoretisch anspruchsvoll und zu vielen weiteren Diskussionen anregend, sondern auch ausgesprochen fröhlich geriet, sorgte das musikalische Rahmenprogramm der friesisch-ostfriesischen Band "Laway", die mit einem Spottlied auf Kaiser Wilhelm II. die Idee zum Titel dieses Beitrages lieferte.

Die vollständigen Referate von Sohn, Gehrcke und Schui wie auch der Vortrag des Wilhelmshavener Werner Dalchow, der die Vorgänge in Wilhelmshaven in der Revolution aus Berichten seiner Großeltern kennt, werden in Kürze in einer Broschüre veröffentlicht werden. □

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,60 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,70 %**

Zins p.a.: **4,75 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,86 %**
(Stand: 13.11.2008)

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 77 45 43

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

TRIANGEL

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Wer hat das Sagen?

Wie Konzerne die Demokratie unterwandern

(iz) "Wer hat denn das Sagen bei uns? Electrabel, e.on, ...?" fragten LAW und DIE LINKE. Wilhelmshaven in ihrem Informationsblatt "Kapitalismus killt Klima", das anlässlich der Veranstaltung mit Jürgen Trittin im Juni veröffentlicht wurde. Bei der Beantwortung der Frage sind wir gern behilflich: e.on & Co. arbeiten weiter kräftig daran, das Sagen zu haben.

Im Juli dieses Jahres (GW 237) berichteten wir unter dem Titel "Edle Spenden oder trojanische Pferde?", wie das Energie-Oligopol¹⁾ aus RWE, e.on, Vattenfall und EnBW sich Sympathien erkaufte. Die Strategie geht Hand in Hand mit der Politik: Die dreht Bildungs-, Umwelt- und sozialen Einrichtungen den Geldhahn zu, und die Konzerne dürfen sich dann als Retter in der Not aufspielen durch großzügige Spenden. So können sie einen Teil der Milliarden Gewinne, die sie zuvor den privaten und öffentlichen Verbrauchern abgepresst haben, besonders lukrativ für steuerfreie Werbekampagnen einsetzen.

Vor Ort ist das z. B. die Unterstützung der Wilhelmshavener Kinderhilfe, zuletzt waren es

Anfang November 15.000,- Euro für den Wiederaufbau des Spielplatzes der KiTa Südsterne. "Peanuts" gegen die 27 Mio. Euro, die der Konzern jetzt bundesweit für ein Sponsoringprojekt mit der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) auf den Tisch legt. Im Juli hatten wir über entsprechende Planungen berichtet, im Oktober 2008 wurde der Sponsoringvertrag unterschrieben "für die Durchführung eines bundesweiten Weiterbildungsprogramms für 4.000 Erzieher(innen) zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kindergärten mit dem Schwerpunkt Energie und Umwelt ... Das Projekt wird von einer gemeinnützigen Tochtergesellschaft durchgeführt. Es läuft über vier Jahre und wird durch E.ON finanziert. Vorgesehen ist eine Pilotphase in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie die bundesweite Ausdehnung über neun Regionalstellen." (Darstellung ANU). Formal ist das Ganze so sauber eingetütet, dass die Beteiligten jeden Verdacht einer inhaltlichen Einflussnahme durch den Konzern empört von sich weisen können.

Industrieller Einfluss

So geschehen in einer "Richtigstellung" der ANU zu dem SPIEGEL-Artikel "Kinder unter Hochspannung" vom April 2008. "Das Projekt stellt alles in den Schatten, was bisher an industriellem Einfluss auf öffentliche Einrichtungen bekannt ist ... Von Direkt-Mailings an Kindergärten ist die Rede und von Geschenken wie Dynamo-Taschenlampen ... Der atom- und kohlelastige Energieriese verspricht sich im Gegenzug Korrekturen an eigenen miesen Preistreiber-Image ... Sogar an eine Schirmherrin (z. B. Frau von der Leyen) und einen Projekt-Botschafter (z. B. der Moderator Rangar Yogeshwar) ist gedacht worden. Um eine möglichst freundliche Berichterstattung zu erreichen, sind Journalisten-Workshops vorgesehen und Besuche in den Redaktionen ... Die Profis hoffen zudem auf eine 'Platzierung' in Talkshows wie 'Anne Will' oder in der 'Sendung mit der Maus'. (SPIEGEL 21.4.2008)

Sanitärer des siechenden Staates

Was e.on "corporate social responsibility" (CSR – gemeinsame soziale Verantwortung) nennt, ist für kritische Fachleute aus dem Natur- und Umweltschutz "greenwashing". Kinder, die früher "e.on" sagen können als "Wald" oder "Vogel", sind später eine einfache Klientel, der man neue Kohlekraftwerke oder längere AKW-Laufzeiten verkaufen kann.

Einen weiteren Großangriff auf die Unabhängigkeit von Staat, Politik, Bildung und Medien startet e.on mit der Kampagne "Innovatives Niedersachsen". In Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium läuft seit Ende Oktober eine überregionale Anzeigenkampagne, in der gleichzeitig für den Konzern und das Bundesland geworben wird.

Das Funktionsprinzip ist immer gleich: e.on als "Sanitärer eines siechenden Staates", so Eric Depluët, Leiter der Einheit "corporate social responsibility" bei e.on, gegenüber dem SPIEGEL Anders ausgedrückt: Die Konzerne lösen die Probleme, die der Staat ohne die repressive Konzernpolitik nicht hätte: leere Kassen durch Abbau von Arbeitsplätzen, kleine und große Steuerfluchten, Subventionen, Umwelt- und Gesundheitsprobleme etc.

Demokratie statt Lobbyismus

Bei den Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Novemberrevolution 1918 wird deutlich, dass die damals von unseren Großeltern hart errungene Demokratie von uns und kommenden Generationen sorgsam geschützt werden muss. Aktuell gilt es vor allem, der Lobbyismus-Demokratie, die sich von vielen unbemerkt eingeschlichen hat, entschieden entgegenzutreten.

Die Aktion mit dem ANU-Sponsoring sei "alles andere als eine plumpe PR-Aktion", verriet Depluët dem SPIEGEL. "Uns wird man dabei kaum bemerken". Diese Suppe gilt es ihm gründlich zu versalzen. e.on steht dabei nur stellvertretend für die allgegenwärtig fortschreitende Vermantlung von Staats- und Konzerninteressen.

Nicht von ungefähr hat sich e.on die ANU ausgesucht, einen Mitgliederverband mit bislang bescheidenem Etat. Doch zahlreiche Umweltorganisationen, die Mitglied der ANU sind, lassen sich nicht verkohlen. Das kann für die ANU sehr schmerzhaft, aber für die Zukunft heilsame Folgen haben. Der Protest richtet sich dabei weniger gegen die ANU selbst, die bislang gute Arbeit leistete, sondern gegen den Konzern und die Rahmenbedingungen, die derartige Eingriffe in die unabhängige Trennung von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen ermöglichen.

Der Widerstand gegen den Ausverkauf unabhängiger demokratischer Strukturen sollte Schule machen. Auf die Frage "Wer hat denn das Sagen bei uns?" darf es nur eine Antwort geben: Das Volk – und seine gewählten VertreterInnen, so lange sie die Interessen ihrer WählerInnen tatsächlich allen anderen Interessen voranstellen. □

1) Der Begriff "Oligopol" (= Form des Monopols, bei der der Markt von einigen wenigen Großunternehmen beherrscht wird – DUDEN) steht hier bildlich, als Definition für die Stellung der vier genannten Konzerne. Wenige Tage nach Fertigstellung dieses Artikels wurde e.on und RWE seitens des Bundesgerichtshof juristisch die Stellung als Oligopol zugeschrieben.

Hintergrundinformationen

Sponsoring-Projekt e.on / ANU:

<http://www.umweltbildung.de/416.html>

SPIEGEL-Artikel:

http://www.umweltbildung.de/fileadmin/inhalte-projekte/E.ON-Projekt/Spiegel_21-4-08_S_154.jpg

e.on zum "Leuchtturmprojekt" mit der ANU:

<http://www.eon.com/de/unternehmen/21480.jsp>

Innovationskampagne Niedersachsen

ENBW und Land Baden-Württemberg:

<http://www.enbw.com/content/de/impulse/index.jsp>

http://www.niedersachsen.de/master/C5086673_8_L20_D0_1712_h1.html

Vattenfall-"Engagement" an Hamburger Schulen:

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xb

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

DM Bob & Jem Finer
Cajun, Honky Tonk,
Blues, Country, Tex-Mex

21. November
21 Uhr 8,00€

feat. Jem Finer
of the POGUES

GLOOMY FRIDAY

05. Dezember
Eintritt frei

EBM - DARK WAVE - GOTHIC
& more...

SKY-Sunlight SAXON
The Seeds feat. Redondo Beat

12. Dezember
21 Uhr 14,00€

+ THE SEASICKS

www.kling-klung-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

Fossile Energie=fossile Politik

In angenehmer Atmosphäre die Leviten gelesen

(hk) Bärbel Höhn (Grüne) und Ingo Luge (e.on-Kraftwerke) diskutierten in Wilhelmshaven über die Energiestrategien der Zukunft, wobei die grüne Bundestagsabgeordnete Höhn aus allen Runden eindeutig als Siegerin hervorging. Dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der e.on-Kraftwerke Dr. Ingo Luge bleibt aber der Fairnesspreis. Veranaltet wurde die Diskussion im Rahmen einer bundesweiten Veranstaltungsreihe der Grünen-Bundestagsfraktion "Energie vor Ort".

Der Verlauf der Veranstaltung wurde bereits in der Wilhelmshavener Zeitung, im Jeverschen Wochenblatt und im Bürger-Portal ausführlich dargestellt. So können wir uns darauf beschränken, die für uns wichtigsten Punkte herauszuarbeiten.

Abwärme

Ein Hauptstreitpunkt ist immer die Abwärme. Alle Kraftwerke sind Energieverschwen-der, die nicht einmal die Hälfte der eingesetzten Energie zum Verbraucher bringen. Dieser Sachverhalt war auch auf der Veranstaltung unstrittig. Man unterschied sich nur darin, dass Frau Höhn einen Weg aus dieser Energieverschwendung aufzeigen konnte, während Herr Luge sich hier spürbar auf dünnem Eis bewegte.

Er sah nur dann eine Chance, die Abwärme zu nutzen, wenn entsprechend große Industriebetriebe in der Nähe sind, die kontinuierlich die Wärme nutzen. Der Nutzung für Haushalte stand Herr Luge positiv-skeptisch gegenüber; schließlich kostet die Versorgung der Haushalte viel Geld und die Kommunen sind kaum bereit, die Millionen dafür auszugeben. Das muss man sich mal vorstellen: Da macht der e.on-Konzern 5 Milliarden Euro Gewinn pro Jahr und will dann auch noch, dass die Kommunen ihnen die Wärmeabnehmer an den Kraftwerkzaun bringen! Sind die denn nur dafür da, die Erträge ihrer Aktionäre zu steigern? Die Frage nach der Verstaatlichung des Energiesektors wird wohl zukünftig wieder verstärkt in die Diskussion kommen.

Doch selbst wenn die Kommunen den Kraftwerksbetreibern die Anschlüsse bis in den Kessel legen – so große Städte, die die gesamte Abwärme der Stromfabriken abnehmen könnten, gibt es hier gar nicht.

Wenn man sich anschaut, dass beispielsweise in Dänemark 50% der Energie in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden, in Deutschland aber nur 10%, dann kann sich jeder vorstellen, dass das nichts mit technischen Möglichkeiten, sondern mit dem Wollen zu tun hat.

Frau Höhn machte dann auch deutlich, wie die Energieversorgung der Zukunft auszu-sehen hat: Stromerzeugung in kleinen, sied-lungsnahen Einheiten, so dass die Abwärme vernünftig genutzt werden kann und nicht die Meere und Flüsse aufgeheizt werden.

Die großen Stromfabriken von e.on, Vat-tenfall, RWE und EnBW sind nicht geeignet, eine nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtete Energieversorgung zu leisten. Ihnen geht es eben in erster Linie darum, viel Strom zu produzieren und zu verkaufen, damit am Ende die Dividende stimmt. Frau Höhn forderte hier eindringlich "mehr Markt, mehr Konkurrenz, mehr Wettbewerb". Die De-zentralisierung der Stromversorgung ent-spricht nicht den Interessen der Großkonzer-

ne, die Deutschland in vier 'Besatzungszo-nen' aufgeteilt haben. Die "unfairen Stromprei-se" werden durch die Monopolstruktur der Energieversorgung gefestigt.

Frau Höhn widersprach dem von Herrn Dr. Luge behaupteten Interesse der großen Stromerzeuger an der Kraft-Wärme-Kopplung. "Auch in Ballungsräumen wie zwischen Rhein und Ruhr wird die Abwärme nicht ge-nutzt, stattdessen werden neue Gasleitungen gelegt."

Energieeinsparung

Im weiteren Verlauf ging es auch um die Frage der Einsparung von Energie. Bärbel Höhn: "Der Energieverbrauch wird weiter sin-ken, weil wir uns Energieverschwendung gar nicht leisten können. Jede eingesparte Kilo-wattstunde ist die billigste Stromerzeugung."

Erneuerbare Energie

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte war natürlich der Stellenwert der erneuerbaren Energien. Als gutes Beispiel konnte da das Engagement der Stromproduzenten im Off-shore-Bereich herhalten. Während die großen Stromproduzenten eher zaghaft an die Ver-wirklichung des Baus von Windparks vor der Küste gehen, legen mittelständische Unter-nehmen da ein ganz anderes Tempo vor. Die e.on plant noch Anlagen mit 60 MW, während die Mittelständler bei 400 MW-Parks sind. Da-mit das mit der Windenergie auch wirklich nicht klappen kann, haben die großen Ener-giekonzerne die Flächen für die Windpark-standorte in der Nordsee aufgekauft, wo-durch, so Bärbel Höhn, "der Ausbau der Off-shore-Windenergie verzögert werden soll."

Ähnlich wie bei der Erprobung der Wind-energie an Land (Growian) scheint es den großen Energieerzeugern darum zu gehen, die Nichtrealisierbarkeit des anvisierten ho-hen Versorgungsanteils der erneuerbaren Energien zu beweisen.

Von besonderem Interesse für die Wil-helmshavenerInnen waren die Positionen von Herrn Luge und Frau Höhn zu den hier ge-planten Neubauten von Kohlekraftwerken.

Während Herr Luge das geplante e.on-Kohlekraftwerk 50plus als Teil der Maßnah-men zur Erreichung der "ambitionierten Klima-schutzziele der Bundesregierung" ansah und es als "umweltschonenden Ersatz für alte Kohlekraftwerke" pries, sah das in den Ausführ-ungen von Frau Höhn ganz anders aus.

"Der Ausbau der Kohlekraftwerke verhin-dert den Aufbau der regenerativen Energien. Diese Kohlekraftwerke verhindern die Errei-chung der Klimaschutzziele. Kohlekraftwerke sind gestrandete Investitionen, die wir alle zu tragen haben." Abschließend brachte Frau Höhn ihre Position zu den geplanten Kohle-kraftwerken prägnant zum Ausdruck: "Fossile Energien = fossile Politik". □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106

Infoveranstaltung zum Thema

"Schwierige Jungs"

Warum habe ich immer wieder
Probleme mit Jungs?

Wie sind Jungs eigentlich und
was brauchen sie?

Herr Reiner Würdemann,
Sozialarbeiter und Mitarbeiter
des SOS-Hilfeverbundes
WHV-FRI hat sich in
Jungenarbeit fortgebildet
und möchte im Rahmen dieser
Infoveranstaltung zu
einem besseren Verständnis
in der Arbeit mit und
Erziehung von Jungs
verhelfen.

**Donnerstag,
den 20. November von
8.30 Uhr bis 10.30 Uhr**

**Im Stadtteilbüro
Westliche Südstadt
(Werft-/Ecke Bahnhofstr.)**

**Herzliche Einladung an
alle Interessenten.**

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Dienstag bis Freitag

von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Mittwoch + Freitag

von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr

ARMUTSFORUM WILHELMSHAVEN

29.11.2008 10.00 - 16.30 Uhr

Armut und Ausgrenzung verhindern!

Armut in Deutschland nimmt stetig zu, und die Spaltung der Gesellschaft setzt sich fort. Auch der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat bestätigt, was VertreterInnen von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen seit langem betonen: Während die Gewinne der Kapitalbesitzer kontinuierlich steigen, ist ein immer größerer Teil der Bevölkerung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen. Längst hat die Armut die Mittelschicht erreicht, denn selbst eine Vollzeitbeschäftigung reicht oft nicht aus, ein Leben ohne Sozialtransfers zu führen. Immer mehr Menschen sind von immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen.

Da Armut und Ausgrenzung die Folgen falscher politischer Entscheidungen sind, kann ihnen durch eine veränderte Politik begegnet werden. Die Fraktion DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag möchte daher das Thema "Armut und Ausgrenzung" aufgreifen und mit VertreterInnen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen, Initiativen und Betroffenen diskutieren. Das Eingangsreferat hält Stefan Thomas, Doktorand an der FU Berlin, Autor der Studie "Berliner Szenetreffpunkt Bahnhof Zoo - Alltag junger Menschen auf der Straße".

Eine Veranstaltung mit

Patrick Humke-Focks, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag

Hans-Henning Adler, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Niedersächsischen Landtag

Diskussionen in Workshops und Ergebnisauswertung in einer Talkrunde

in der Gaststätte Antonslust

Antonslust 13
26389 Wilhelmshaven

Busverbindungen:

ab ZOB 9.35 Uhr mit Bus 219

ab RNK 9.45 Uhr mit Bus 219

Ankunft Antonslust 9.49 Uhr

(Bei Anfahrtsschwierigkeiten bei

Anette Nowak - 04421/301920 - melden)

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag



70 Jahre nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938, als auch die Wilhelmshavener Synagoge von den Naziverbrechern und willfährigen Bürgern niedergebrannt wurde, erinnern nun zwei Bronzestelen an die jüdischen MitbürgerInnen unserer Stadt, die dem Holocaust zum Opfer fielen. Die Stelen mit den Namen von 113 Ermordeten wurden am früheren Standort des Thora-Schreins errichtet und am diesjährigen Gedenktag im Beisein von VertreterInnen der jüdischen Gemeinde Oldenburg enthüllt. Oberbürgermeister Menzel dankte dem Arbeitskreis Synagogenplatz mit Kirchen und Gewerkschaften, dem Historiker Dr. Hartmut Büsing, dem Antifaschistischen Bündnis, den Auszubildenden von "Straße & Grün", dem städtischen Kulturbüro und den zahlreichen Privatpersonen und Unternehmen, deren Engagement die Umsetzung des Projektes ermöglichte. Zur abschließenden Finanzierung fehlen noch etwa 7.000 Euro. Weitere Spenden an die Regionale Dienststelle des Kirchenkreises (kurz RDS-Friesland-Wilhelmshaven), Kontonummer 2605004 (BLZ 28250110) unter dem Stichwort "9. November" sind willkommen. (iz / Foto: Claus Schulz)



Modell der Wilhelmshavener Synagoge - erbaut 1915, zerstört 1938.

Am frühen Morgen des 10. November 1938 wurde die Synagoge vermutlich durch eine größere Menge ausgegossenes Benzin in Brand gesetzt. Die Feuerwehr war lediglich zur Sicherung der umliegenden Gebäude anwesend. Da der Brand zunächst nicht die gewünschte Wirkung zeigte, wurde er am Vormittag des 10. November erneut gelegt und zerstörte den Rest des Gebäudes vollständig. Bild: Verein zur Förderung der Bet Tfila - Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa e.V.



Ein Freund fehlt

Am 28. Oktober ist Uwe Brams verstorben. Mehr als 15 Jahre haben wir zusammen mit ihm Monat für Monat den Gegenwind gemacht. Uwe gehörte zu denen, die 1988, als das weitere Erscheinen des Gegenwindes gefährdet war, ohne langes Überlegen entschieden haben, künftig auf einen Teil der Freizeit zu verzichten, um den Gegenwind weiterhin pusten zu lassen.

Sein Themenspektrum war breit: Natürlich "Soziales", denn in diesem Bereich war er auch beruflich tätig. Er gehörte zur antifaschistischen Szene Wilhelmshavens, war verbunden mit Kriegsgegnern und Kriegsdienstverweigerern, liebte Musik und interessierte sich für Sport, und so konnte er auch aus diesen und vielen anderen Bereichen berichten. Nur seinen Wunsch nach einer ständigen Sportseite konnten und wollten wir nicht realisieren, was er mit Fassung trug.

Die Diskussionen in der Redaktion über den richtigen Stil und noch mehr über die richtigen Forderungen zeigten uns den Menschen Uwe: kompetent, gradlinig und aufrichtig; gleichzeitig aber auch kompromisslos gegenüber falschen Ansichten und Nachlässigkeiten.

Uwe ließ sich nicht verbiegen. Wenn er zu einem im

Gegenwind behandelten Thema eine ganz andere Meinung hatte als der Rest der Redaktion, dann schrieb er einen zweiten Beitrag zum betreffenden Thema – und Uwes Sachverstand machte es für uns selbstverständlich, dass auch seine Sicht veröffentlicht wurde.

Uwe hatte einen ganz besonderen Humor, den wir sehr vermissen, einen Humor, der sich in vielen Bereichen des Gegenwind verewigt hat, und auch heute hört man in den Redaktionssitzungen oftmals Sätze wie: "Das hätte von Uwe sein können."

Uwe war nicht einfach unser Mit-Redakteur, sondern auch unser Freund. Wir haben mit ihm zusammen Geburtstage gefeiert, Umzüge organisiert, sind mit ihm auf Demos und Konzerte gefahren und haben gemeinsam mit ihm um Freunde getrauert.

Wir haben uns mit ihm auf seinen Sohn gefreut und waren mit ihm stolz auf ihn.

Wir haben uns um ihn gesorgt, als er aus gesundheitlichen Gründen kürzer treten musste, weniger schrieb und schließlich die Arbeit in der Redaktion ganz aufgeben musste. Und jetzt, da er nicht mehr lebt, merken wir noch mehr, wie sehr er uns fehlt.

Auf dem gemeinsamen Weg, den wir mit ihm gehen durften, hat er tiefe Spuren hinterlassen. Uwe wird uns auch in Zukunft ein ständiger Begleiter sein.

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Drei kleine Anfragen

richtet unser Ratsherr Johann Janssen in der nächsten Ratssitzung an den Oberbürgermeister. In der ersten bezieht er sich darauf, dass das Marinemuseum, die Christus- und Garnisonkirche, die WZ und DIE LINKE in den letzten Wochen ausführlich an die Novemberrevolution vor 90 Jahren erinnert haben und möchte wissen: Gibt es bei der Verwaltung Vorstellungen, wie an die damaligen Ereignisse dauerhaft im Stadtbild erinnert werden könnte? Die zweite bezieht sich auf die in verschiedenen Städten unterschiedlichen Einkommensgrenzen für städtische Zuschüsse zum Kindergarten- und Hortbesuch. Er fragt nach der Höhe der Einkommensgrenze in Wilhelmshaven, nach deren Staffelung und nach der Begründung für ihre Höhe. Als Drittes möchte Johann Janssen wissen, was die Stadt bisher gegen den Miniermottenbefall der Kastanien getan hat und wie die Strategie für die nächsten Jahre aussieht. Man darf auf die Antworten auf alle drei Anfragen gespannt sein.

Wir sind umgezogen!

Im Oktober sind die LAW und DIE LINKE Wilhelmshaven aus dem alten Büro an der Rheinstraße ausgezogen und

sind jetzt in der Gökerstraße 73 zu finden.

Gleichzeitig ist dieser Laden auch das Abgeordnetenbüro von Hans-Henning Adler (MdL) und Diether Dehm (MdB). Es ist ab Dezember regelmäßig auch außerhalb der schon bekannten Termine besetzt. Anja Kindo wird als Mitarbeiterin der beiden Abgeordneten montags, mittwochs und freitags jeweils von 14 – 17 Uhr dort arbeiten. Ab Januar 2009 werden auch Abgeordnetensprechstunden stattfinden.

Die Eröffnung findet am Freitag, 21. November, um 11 Uhr statt. Wir heißen alle willkommen, die mit uns unser neues Domizil einweihen wollen.

Regelmäßige Termine:

1. und 3. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: offenes Mitgliedertreffen des Kreisverbandes der Linken
2. Mittwoch im Monat 19.30 Uhr: kommunalpolitischer Arbeitskreis
4. Mittwoch im Monat: offenes Mitgliedertreffen der LAW
1. Sonntag im Monat 11 Uhr: Frühschoppen
1. Donnerstag im Monat 18 Uhr: BürgerInnensprechstunde des Ratsherrn Johann Janssen



WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit

linke alternative wilhelmshaven



**Gemeinsam stark,
für soziale Gerechtigkeit!**



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören.

Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung.

Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkrei-

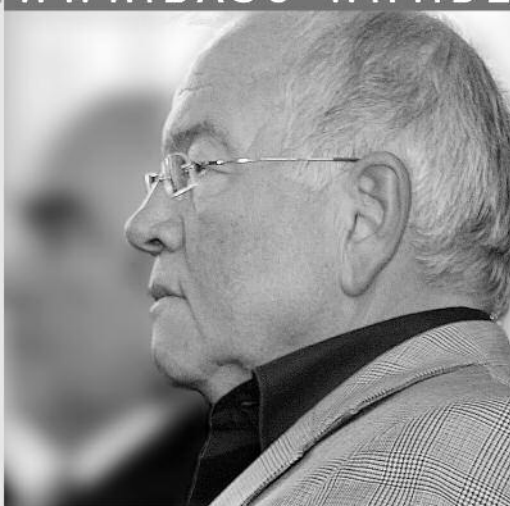
ses und durch Anzeigen finanziert.

Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

- Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papieraussage nicht mehr unterbringen konnten
- Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung
- Hier finden Sie alle Gegenwind-Artikel der letzten 12 Jahre

WWW.BASU-WHV.DE




Hans Hartmann [SPD] bei einem Vortrag des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel im Ratssaal von Wilhelmshaven.

BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

Eine Lagune für ein Königreich - die Rettung für Wilhelmshavens Fäkalienableitungsproblem, das Hans Hartmann [SPD], Mitglied im Rat des Oberzentrums Wilhelmshaven auf fast jedem öffentlichen Auftritt als Kaschierung für die unangenehmen Einleitungen auch an Wilhelmshavens Vorzeigebadestrand proklamiert. In einer Lagune sollen die Menschen Schutz finden, wenn Wilhelmshaven seine ungeklärten Abwässer aus dem Aderlass am Banter Siel in das Wattenmeer pumpt. Der „Lagunenbeauftragte“ von Wilhelmshaven versucht nun das zweite Jahrhundertprojekt für Wilhelmshaven anzuschieben und wurde ausgewählt, einen Plan anzulegen, um festzustellen, wie der Fäkalienabschirmungsgürtel realisiert werden kann, weil der Oberbürgermeister Eberhard M. sein Veto einlegte und das Projekt wegen der Kosten für undurchführbar hält. Wahrscheinlich weiß Hans Hartmann noch nicht, dass auch gequirelte Scheisse zum Himmel stinkt, besonders im Sommer. Dann wird H. Hartmann den Touristen persönlich während der Hauptsaison „seine“ abgekupperte Lagunenidee vom Urheber aus Sande brühwarm erläutern! Was hat Wilhelmshaven doch für ein Glück mit seinen weit in die Zukunft vorausblickenden Geistern, deren vorzügliches Problem anscheinend darin besteht mit Namen auf einer Bronze-Tafel verwagt zu werden. Danke! Toll!

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!



**BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT**

WWW.BASU-WHV.DE